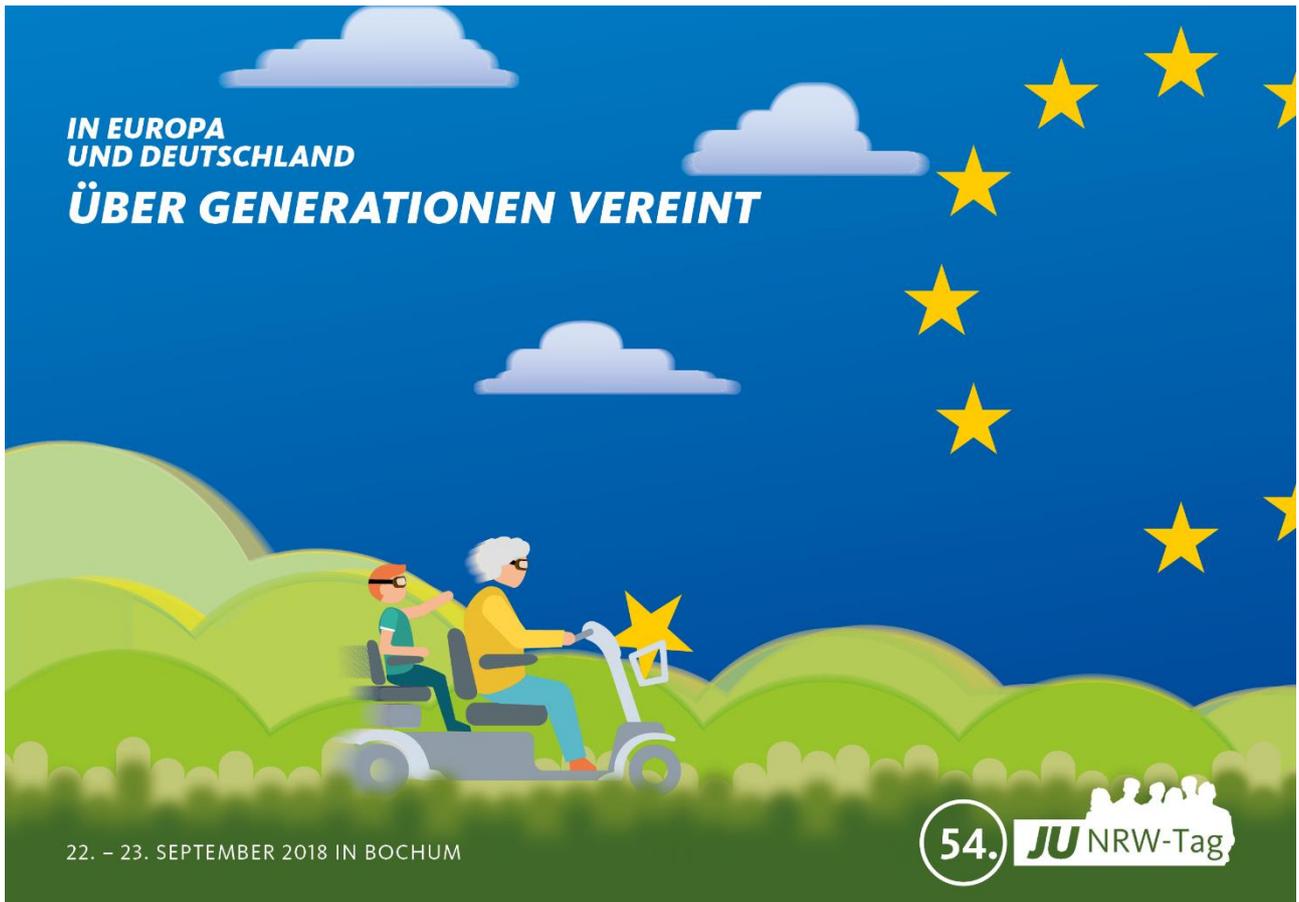




JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN



„Europas Handlungsfähigkeit stärken“

**Beschluss Nr. 2 zum 54. JU NRW-Tag
am 22./23. September 2018 in Bochum**

Europas Handlungsfähigkeit stärken

Einleitung

Das letzte Jahrzehnt war für den Europäischen Gedanken so herausfordernd wie noch nie seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses. Durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise, unkontrollierte Migrationsströme sowie die Verhandlungen über das erstmalige Ausscheiden eines Mitgliedstaates aus der Union in Folge des EU-Austritts Großbritanniens wurde die EU mehrfach auf ihre Krisenfestigkeit getestet.

Aber nicht nur Probleme innerhalb Europas verdeutlichen den dringenden Bedarf nach einer handlungsfähigeren Europäischen Union:

Der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht, die zunehmend aggressive Außenpolitik der russischen Regierung, insbesondere die völkerrechtswidrige Annexion der Krim in der Ukraine, mit der Bombardierung zivilen Lebens in Syrien und mit Fehlinformationskampagnen gegen westliche Demokratien, eine aggressiv und feindselig auftretende Türkei, und die aktuelle Außenpolitik der USA, die fast ausschließlich von einseitigen wirtschaftlichen Interessen und weniger von gemeinsamen Werten geleitet ist, prägen die weltpolitische Gemengelage der letzten Jahre. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass einzelne europäische Staaten in internationalen Konflikten kaum auf Augenhöhe agieren können – sei es aus politischen Gründen, mangelnder wirtschaftlicher oder militärischer Stärke. Gerade in dieser Konstellation, die sich perspektivisch auch aus Gründen der Demographie nicht zu unseren Gunsten entwickeln wird, brauchen wir ein vereintes Europa, das auf internationalem Parkett seine Interessen und Werte stark vertreten kann.

Die Hürden eines gemeinsamen Auftretens sind aber hoch:

Einerseits gelten das „Europäische Projekt“ in Teilen der Bevölkerung noch immer als Elitenprojekt, die Verantwortlichen in Brüssel als abgehoben. In der Tat vernimmt man selbstkritische Töne aus der Europäischen Union selten. Andererseits wird in Folge des Erstarkens nationalistischen Gedankenguts in Teilen Europas die Europäische Union zunehmend als Sündenbock auch für innenpolitische Fehlentwicklungen einzelner Mitgliedsstaaten dargestellt.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen möchte dem EU-Skeptizismus entgegenreten, indem wir helfen, die EU konstruktiv mit- und weiter zu gestalten. Wir sehen es als die Aufgabe unserer Generation an, im Sinne Konrad Adenauers und Helmut Kohls gemeinsam für die Europäische Idee entschieden einzutreten und Europa wieder gemeinsam auf Erfolgskurs zu bringen.

Mit diesem Leitantrag – „Europa endlich handlungsfähig machen“ – schlagen wir konkrete und notwendige Änderungen vor, um die Europäische Union auch in schwierigen Zeiten besser aufzustellen.

Stärkung des Subsidiaritätsgedankens

Die Politik der Europäischen Union wird von vielen Bürgern oft mit kleinteiligen Themen in Verbindung gebracht. Die EU muss sich in den Bereichen zurücknehmen, in denen Mitgliedstaaten oder gar untergeordnete Institutionen auf Landes- und Regionalebene effektiver entscheiden können. Um den Europäischen Institutionen Glaubwürdigkeit zu verleihen, muss die EU das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden.

Damit einhergehen muss eine Konzentration auf die Kernaufgabe der EU: die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in einem Europa der befreundeten Nationen. Konkret zählen wir dazu neben einer Weiterentwicklung des Binnenmarktes vor allem den wirksamen Schutz der Außengrenzen und die verstärkte Integration der europäischen Streitkräfte untereinander.

Gleichzeitig müssen Möglichkeiten bestehen, Europa und die europäische Zusammenarbeit auch außerhalb dieser Kernfelder weiterzuentwickeln. Für diese weiteren Bereiche bietet sich das flexible Konzept der abgestuften Integration, das auch als Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bezeichnet wird, an. Dabei können sich mehrere Länder zur Erreichung verschiedener Ziele in unterschiedlichen Politikbereichen zusammenschließen und diese fortentwickeln. Eine derartige Vorgehensweise gibt es derzeit etwa im Bereich des Euro oder im Schengen-Raum.

Dabei ist strikt darauf zu achten, dass die Zusammenschlüsse stets offen für Beitritte anderer EU-Staaten sind – alleine aufgrund deren Beschluss und ohne Zustimmung der vorangehenden Staaten. Dadurch wird verhindert, dass einige Länder sich abkapseln können.

Bei den entscheidenden Säulen der EU-Politik bleibt es aber dabei, dass alle EU-Staaten gemeinsam entscheiden und die Politik mittragen. Das langfristige Ziel eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten ist es, dass alle EU-Länder erkennen können, welche Vorteile sich aus den jeweiligen Initiativen ergeben und diese damit ebenfalls aufgreifen und die EU sich somit in mehreren Geschwindigkeiten weiterentwickelt. So soll eine Überforderung einzelner Staaten verhindert werden und auf die Einzelinteressen besser Rücksicht genommen werden.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) die seit 2014 praktizierte Priorisierung und Kommunikation von Kernthemen zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode.
- 2) die Schaffung eines praxisnahen, gemeinsamen europäischen Einreiserechts, mit Recht auf Zurückweisung von nichtberechtigten Einreisewilligen, die daran orientierte Aufstockung der Ressourcen von Frontex sowie die gemeinsame, effektive Bekämpfung von Fluchtursachen.
- 3) weitere Ausarbeitung von Rahmenbedingungen für eine verstärkte militärische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten. Vor dem Hintergrund zunehmender globaler Bedrohungslagen soll die Europäische Union perspektivisch den Aufbau einer EU-Armee vorantreiben.
- 4) Harmonisierung der Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung. Wir bekämpfen die Schaffung von Steueroasen innerhalb der EU.
- 5) Aufnahme von europäischer Kulturförderung als essentielles Politikfeld, um unser gemeinsames Wertesystem zu stärken.
- 6) Prüfung von Möglichkeiten, wie die europäische Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis vertieft werden kann. Es bedarf einer stärkeren Abstimmung der Außenpolitik

der Mitgliedsstaaten insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Entwicklungshilfe und Erhalt, sowie Stärkung des globalen Freihandels.

7) Die finanzielle Stärkung von europäischen Austausch- und Bildungsprogrammen

Migration nach Europa gemeinsam gestalten

Die hohen Flüchtlingszahlen der letzten Jahre sind unbestritten Dreh- und Angelpunkt des politischen Konflikts innerhalb der Europäischen Union. Die einzelnen Mitgliedsstaaten müssen trotz unterschiedlicher Ansichten und politischer Maßnahmen mit Blick auf die Flüchtlingskrise miteinander kooperieren, da die Herausforderungen der Migration nicht von einigen wenigen Nationalstaaten gelöst werden können. Ohne eine aktive Steuerung und Gestaltung der Flüchtlingspolitik wird die Akzeptanz für das Projekt Europa weiter schwinden. Das Versagen der Institutionen nach der letzten Flüchtlingswelle muss uns alarmieren, um in Zukunft europaweit besser aufgestellt zu sein. Wir wollen, dass durch einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen illegale Migration unterbunden wird. Unzureichender Außengrenzschutz darf nicht zulasten Deutschlands gehen. Soweit europäische Maßnahmen keinen Erfolg haben, sind Sicherheit und Ordnung durch nationale Maßnahmen zu gewährleisten.

Unser Menschenbild als Jugendorganisation der Christlich Demokratischen Union und der Wertekanon der Europäischen Union leiten uns im Gedanken, den Menschen in Not und Bedrängnis zu helfen und sie zur Selbsthilfe zu befähigen. Diesem Verständnis folgend, muss die Europäische Union die Entwicklungszusammenarbeit außerhalb der eigenen Grenzen in den Mittelpunkt rücken. Die aktuelle Entwicklungspolitik aber ist zu fragmentiert und nicht abgestimmt, was zu Ineffizienzen führt. Durch eine konkrete Bekämpfung der Ursachen vor Ort wird die Notwendigkeit zur Flucht unter Mitarbeit der europäischen Partner und Einhaltung der Genfer Menschenrechtskonvention verringert: Insbesondere in und mit den afrikanischen Staaten muss die EU partnerschaftlich handeln. Wir fordern einen Marshall-Plan für die afrikanischen Staaten.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) Schaffung von Prüfzentren in Nordafrika
- 2) Ausarbeitung eines europäischen Asylrechts.
- 3) Harmonisierung von Sozialleistungen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) angepasst an die Lebenshaltungskosten.
- 4) Einheitliche und effizientere Entwicklungspolitik mit den Schwerpunkten Afrika und naher Osten, die die Bereitschaft der Staaten zur konstruktiven Zusammenarbeit berücksichtigt. Eine Anpassung der Entwicklungshilfe an die QDA Quote. Die Entwicklungshilfemittel müssen dabei aktiv begleitet und die Investition überwacht werden. Es gilt die Subvention auf Exporte zu überprüfen.
- 5) Einhaltung von Dublin III bis eine alternative europäische Lösung in Kraft tritt. Dies darf auch nicht durch das Selbsteintrittsrecht ausgehoben werden

Den Europäischen Gedanken stärken

Die Junge Union NRW versteht sich als Botschafter für ein starkes Europa, da wir den Mehrwert der Europäischen Union für alle Bürger Europas, insbesondere der Jugend sehen. Niemand darf das Friedensprojekt und den Erfolg des Binnenmarktes einfach vergessen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass unsere eigenen Mitglieder und Abgeordnete den Blick für Europa nicht aus den Augen verlieren und so unser tägliches Leben, aber auch unsere Zukunftsperspektiven verbessern.

Als Junge Union NRW ist es uns wichtig, die europäischen Werte zu stärken. Daher unterstützen wir auch das Beharren der europäischen Institutionen auf die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die aktuellen Entwicklungen in Polen und Ungarn, insbesondere im Hinblick auf die Freiheit der Presse, die Unabhängigkeit der Justiz und Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage, verfolgen wir dabei kritisch. Aus diesem

Grunde begrüßen wir auch die Verknüpfung dieser Frage mit der Auszahlung von EU-Geldern.

Zwei Drittel aller EU-Bürger und drei Viertel der Deutschen empfinden die Europäische Union als Bereicherung. Die Erfolge Europas geraten aber zunehmend in den Hintergrund. Die Politik – und wir als Jugendorganisation – sind gefordert: Politiker auf kommunaler, Länder- und Bundesebene müssen mit europäischen Politikern kooperieren, aber auch die Möglichkeit dazu erhalten, um gemeinsam Chancen auszuloten und Erfolge zu erzielen, damit Europa auch weiter als Zukunftssymbol gelten kann. Insbesondere Jugendliche und junge Menschen können durch ein Zusammenhalten der Europäischen Union gewinnen: EU-weite Studienmöglichkeiten, EU-weite Freizügigkeit im Berufsleben oder Schüleraustausche machen uns erst zu Bürgern Europas und sind ohne die Europäische Union undenkbar. Europa muss für diese Vorteile werben und diese verstärken.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) Die verpflichtende Einführung des Europatags (Schuman-Plan) als europaweiter gesetzlicher Feiertag am 9. Mai mit der Bereitstellung von Infomaterial durch das Land NRW zur Stärkung der Idee Europas.
- 2) Finanzierung eines kostenlosen Sprachkurses für jeden Europäer unter 25 in der Sprache eines Mitgliedstaates.
- 3) Stärkung des Europäischen Gedankens in den Reden und im Handeln der Unions-Abgeordneten
- 4) Förderung von Projekten, die sich zum Ziel setzen, eine europäische Öffentlichkeit zu erzeugen.

Budgets mit Augenmaß

Eine Erhöhung des EU-Haushaltes wird zu Recht von vielen Bürgern kritisch gesehen. Aus diesem Grund fordern wir eine effektivere Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel und bei Budgeterhöhungen Augenmaß. Instrumente wie die Struktur- und Investitionsfonds sind zu begrüßen, da sie unsere Gesellschaft und Wirtschaft stärken. Sie leisten einen projekt- und standortbezogenen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU.

Auf der anderen Seite lehnen wir die Vergemeinschaftung von Schulden, u.a. in Form von Eurobonds, klar ab. Zudem sehen wir, dass die Arbeit der Europäischen Union von einem hohen Grad an Bürokratie geprägt ist. Europa muss auch Aufgaben reduzieren: Als symbolkräftige Maßnahme fordern wir die Abschaffung des Standortes des Europäischen Parlaments in Straßburg und die Reduzierung der Europäischen Kommissare. Die Eröffnung einer Europäischen Hochschule in den Parlamentsgebäuden in Straßburg ist zu begrüßen.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) Konsequente Ablehnung einer Vergemeinschaftung von Schulden und Rückzug der EZB ausschließlich auf ihre originären Aufgaben der Geldpolitik.
- 2) Einführung des Haftungsprinzips in Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik.
- 3) Senkung der Verwaltungsausgaben der EU durch Digitalisierung und Skalierung.
- 4) Einführung von Brüssel als alleinigem Standort des Europäischen Parlaments und Reduzierung der EU-Kommissare.
- 5) Der Abbau von Bürokratiehürden, z.B. bei Förderungsprogrammen.
- 6) Konzipierung und Umsetzung einer Insolvenzordnung für Staaten.

Stärkung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament besitzt nicht die gleichen Rechte wie nationale Parlamente. Will man Europa als politisches und vor allem demokratisches Schwergewicht ernst nehmen, muss dies auch mit einer Demokratisierung der Organe einhergehen. Es ist daher wichtig, dem Europäischen Parlament mehr Wirkungskraft gegenüber der Kommission und dem Rat der Europäischen Union zu verleihen. Wichtigster Schritt dazu ist ein echtes Initiativrecht des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren, das derzeit nur die EU-Kommission hat. Die Einführung von Spitzenkandidaten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 ermöglichte dem Bürger eine bessere Orientierung über die zur Wahl stehenden Politiker. Zu begrüßen ist eine möglichst schnelle, rechtsichere Einführung einer Sperrklausel, um auch nach außen erkennbar die Handlungsfähigkeit des Parlaments sicherzustellen und eine Zersplitterung der Fraktionen zu verhindern. Durch die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit würden viele Bürger die Arbeit des Parlaments als transparenter empfinden.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) Ein echtes Gesetzesinitiativrecht des Parlaments.
- 2) Beibehaltung der Ernennung von Spitzenkandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2019 und Wahl des Präsidenten der Kommission ausschließlich durch das Europäische Parlament.
- 3) Einsatz für die Umsetzung von effizienten und demokratischen Sperrklauseln in allen Mitgliedsstaaten bis zur Europawahl 2024.
- 4) Abschaffung der Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach dem Prinzip der degressiven Proportionalität.

Erweiterung der EU

Die Europäische Union hat durch die große Anzahl an Mitgliedsstaaten eine starke Verhandlungsposition gerade im Bereich Handel gegenüber anderen Ländern wie den USA und China. Der Handelsstreit mit den USA oder die Auseinandersetzungen mit Russland zeigen, wie wichtig ein starkes politisches Gewicht der EU ist. Um die Handlungsfähigkeit

der Europäischen Union zu erhalten, sollen vorerst keine neuen Beitritte zur EU vollzogen werden. Bei möglichen zukünftigen Beitrittskandidaten muss zwingend auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien geachtet werden, mit Ausnahme des ungehinderten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt.

Aber auch innerhalb der aktuellen Mitgliedsstaaten ist darauf hinzuwirken, dass finanzielle Probleme behoben werden und der Wohlstand der Bevölkerung in allen Mitgliedsstaaten steigt. Die Armutsmigration zwischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie innereuropäische Migration zur Ausnutzung besonders vorteilhafter Sozialsysteme in westeuropäischen Staaten ist zu unterbinden bzw. sollte nicht gefördert werden. Dazu sind insbesondere Kindergeldzahlungen für im europäischen Ausland lebende Kinder auf das Niveau des jeweiligen Mitgliedsstaates zu beschränken.

Um Europas Handlungsfähigkeit zu stärken, fordern wir:

- 1) Vor weiteren Beitritten hat die Integration der bisherigen Mitgliedsstaaten Vorrang.
- 2) Beitrittsverhandlung mit und Unterstützung von Balkanländern von weiteren geeigneten Staaten.
- 3) Konstruktive Verhandlungen mit Großbritannien über eine Zusammenarbeit auch nach einem möglichen Brexit. Der jungen britischen Generation soll weiterhin das Angebot eröffnet bleiben einen Brexit wieder rückgängig zu machen.
- 4) Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Streichung der Heranführungshilfe für die Türkei und Beendigung der ausländerrechtlichen Privilegierung türkischer Staatsangehöriger.
- 5) Für einen Beitritt in die EU müssen die Beitrittskriterien zu 100 Prozent erfüllt sein, ebenso bei einem Beitritt zum Euro.
- 6) Förderung der Wohlstandsentwicklung in ganz Europa und Verhinderung der Ausnutzung von vorteilhafteren Sozialsystemen innerhalb Europas.

EU-Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Um die Europäische Union als Einheit in der Außenpolitik darzustellen und als starker Internationaler Partner agieren zu können, fordert die Junge Union NRW einen EU-Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.